

Verunsicherung bei Straßenausbaubeiträgen: Moratorium für Abgaben verlangt

Die „Bürgerallianz Thüringen“ hat die Aufforderung des Gemeinde- und Städtebundes an die Kommunen begrüßt, keine Bescheide mehr für die umstrittenen Straßenausbaubeiträge zur verschicken. Vorsitzender Wolfgang Kleindienst übte allerdings auch Kritik.

04. Januar 2019 / 04:21 Uhr OTZ

Die rot-rot-grüne Koalition hat sich politisch darauf festgelegt, die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2019 abzuschaffen.

Erfurt. Hintergrund ist die Ankündigung der Regierungsfraktionen im Landtag, die Ausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2019 abzuschaffen. Die entsprechende Novelle des Kommunalabgabengesetzes soll im März in das Parlament eingebracht und im Juni verabschiedet werden.

„Wir hätten uns die Ansage des Gemeindebundes früher und deutlicher gewünscht“, sagte Kleindienst dieser Zeitung. „Viele Kommunen haben vor Weihnachten noch Unmengen an Forderungen verschickt, teilweise auch für Baumaßnahmen, die 20 Jahre zurückliegen.“

Kleindienst beklagte, die Landesregierung habe die Forderung nach einem offiziellen Moratorium bis zum Inkrafttreten des Gesetzes nicht erfüllt. „Das Schreiben des Landesverwaltungsamtes kam zu spät und enthält keine eindeutigen Formulierungen.“ Die Verunsicherung unter den Haus- und Grundstücksbesitzern sei groß. „Sie wissen nicht, was gilt“, sagte er.

Unabhängig vom Ausgang des beauftragten Gutachtens fordert die Bürgerallianz, dass nicht bestandskräftige Beitragsbescheide, gegen die Widerspruchs- und Klageverfahren laufen, mit der Gesetzesnovelle aufgehoben werden. Die geleisteten Zahlungen müssten den Haus- und Grundstückseigentümern von den Gemeinden erstattet werden. „Derzeit empfehlen wir allen Grundstückseigentümern gegen Bescheide Widerspruch im Rahmen der Frist einzulegen“, so Kleindienst.